

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

28. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.,
monatlich 20 Pf., ohne Postgebühren

Köln, den 18. Juni 1932

Erscheint wöchentlich Samstags
Einzelnnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 13

Wohin die Reise?

Eine schwierige Aufgabe ist es ganz ohne Zweifel, das deutsche Staatschiff an allen wirtschaftlichen, politischen und anderen Klippen heil vorüberzuführen. Man nennt diese Aufgabe der Staatsmänner auch „große Politik“. Durch den Weltkrieg und in der Zeit seit dem überfüllten Kriegsende sind wir aber an so manches gewöhnt, das nicht unter dem Titel „vorausschauende, große Politik“ zu fassen ist. Wir sind eben ein armes Volk. Arm nicht nur an zeitlichen Gütern, auch arm an wirklichen, großen Führern — und was noch schlimmer ist, wir verschleihen die wenigen uns gegebenen echten Führergehalten im Parteienhader und kleinen Interessengezänze. Die deutsche Geschichte hat schon manches trübe Kapitel und manchen Fehler aufzuweisen, der durch Kurzsichtigkeit und Kirchenratspolitik verschuldet ist. Aber einen solchen Sprung ins Dunkle und Ungewisse, etwas derart Peinliches, wie die Vorgänge um und nach dem Sturz der Regierung Brüning, hat die deutsche Geschichte doch noch nicht aufzuweisen.

Diese politischen Ereignisse der letzten Tage werden entscheidend für die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Volkes. Als Glied der großen, christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands sind auch wir verpflichtet und berufen, zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen. Jede parteipolitische Stellungnahme schadet dabei aus, aber klar und bestimmt müssen wir unsere Meinung zum Ausdruck bringen und vor allem auf die Folgen frühzeitig hinweisen, die sich in nationaler, sozialer und wirtschaftspolitischer Hinsicht aus dem jetzt vollzogenen staatspolitischen Experiment ergeben können.

Was ging vor sich? Ein Führer von Format, ein Mann, dem auch erbitterte Gegner nichts ehrenrühriges nachsagen können, mußte gehen. Der Mann, der unseren Kriegsgenerale nicht ein gefühlsmäßiges, sondern ein wohl vorbereitetes und dadurch unantastbares „Nein“ in der Reparationsfrage entgegenstellte, mußte kurz vor den entscheidenden Konferenzen mit den Feindmächten den Platz räumen. Dieses „Nein“ war es, das durch die jahrelangen, gigantischen Opfer besonders der Arbeiterschaft vorbereitet und ermöglicht war. — Der Mann mußte weichen, der die deutsche Währung in aufopfernder Arbeit stabil gehalten hatte, der in Deutschlands größtem Notwinter trotz 6 Millionen Arbeitslosen den nackten Hunger und blutigen Umsturz von unerer Schwelle bannte. Er mußte weichen und seinen Platz einer über allerlei geheimnisvolle Hintertreppen kommenden neuen Richtung einräumen. Einer Richtung, die zunächst auftritt durch ihre adeligen Namen, ihre Bindungen zu alten, feudalen Offizierstreffen und ostelbischen Großgütern.

Es ist durchaus nicht so, als ob die christlich-nationale Arbeiterschaft alles und jedes mit Begeisterung hingenommen hätte, was unter der zurückgetretenen Regierung geschah. Wir waren niemals mit allem einverstanden und haben auch jederzeit deutlich genug unsere Kritik angemeldet; vor allem dann, wenn die Lasten der Notverordnungen einseitig verlagert und nicht nach der Tragfähigkeit der einzelnen Volksschichten aufgeteilt waren. Aber das Ausmaß der Lohnfällungen und verschiedene sozialpolitische Pläne haben wir jederzeit unsere Meinung gesagt und bleiben auch dabei. Trotz alledem würdigen wir die sozialen Absichten des gewesenen Reichsarbeitsministers Stegerwald, weil sein mit Energie verfolgtes Ziel auf Erhaltung der Grundrechte der Arbeiterschaft gerichtet war. In diesem Zusammenhang muß noch einmal gesagt werden, daß die deutsche Arbeiterschaft die Notverordnungen Brüning nur trug, weil sie die als richtig erkannten außenpolitischen Ziele seines Kabinetts durch eigene, bittere Opfer der Verwirklichung entgegenzuführen wollte. Nur deshalb, aus nationalen, völkischen Überlegungen, und aus keinem anderen Grunde hat die deutsche Arbeiterschaft das unlagbare Schwere der vergangenen zwei Jahre getragen. Sie wird in demselben Augenblick sich mit aller Macht zur Wehr setzen, da sie nicht mehr das Gefühl hat, einer großen, nationalen und gerechten Sache willen zu Opfern herangezogen zu werden. Sie wird sich dann verlagern müssen, wenn

An die christliche Arbeiterschaft!

Acht Wochen sind seit der Wahl des Reichspräsidenten vergangen. Acht Wochen seit dem Tage, an dem das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterschaft in einer starken nationalen Begeisterung und in einer ebenso starken nationalen Opferbereitschaft sich um Hindenburg sammelte. Unter seiner Führung sollten die Grundlagen eines freien deutschen Volksstaates erhalten und ausgebaut werden.

Im Kampf um die innen- und außenpolitische Freiheit des Staates hatte sich Hindenburg für das Volk und den deutschen Volksstaat entschieden. Seine Wahl bedeutete die Sammlung aller wahrhaft nationalen und staats-erhaltenden Kräfte. Sie war ein hoffnungsvoller Auftakt für den Kampf, den der junge nationale und soziale Volksstaat nach innen und außen noch zu bestehen hat.

Die deutsche Arbeiterschaft hat trotz aller Opfer, die Wirtschafts- und Staatstrife ihr auferlegten, ihre beste Kraft in diesem Kampf eingesetzt. Ihre Hoffnung galt der Zukunft des Vaterlandes, die nicht zuletzt in der nationalen Kraft der Arbeiterschaft wurzelt. Sie galt der Hoffnung einer freien deutschen Arbeiterschaft in einem freien deutschen Volksstaat. Die Wiederwahl Hindenburgs hatte den heiligen Boden bereitet für die Sammlung aller nationalen Volkskräfte.

Der Weg zu dieser Sammlung ist von unverantwortlichen Kräften jäh abgebrochen. Die nationale Arbeiterschaft erlebte eine schmerzliche Enttäuschung. Was die arbeitserfreundlichen Mächte in offener Wahlschlacht nicht erreicht haben, ist ihnen nunmehr durch schriftliches Untergeben der sachlichen und persönlichen Grundlagen der Regierung Brüning gelungen. Ein Weg hoffnungsvoller Volks- und Staatsentwicklung ist abgebrochen worden. Der Weg zu einem neuen „System“ ist beschritten. Es ist der Weg zur Wiederentrichtung der deutschen Arbeiterschaft.

Der Sturz der Volksregierung Brüning und der vorbereitete Anmarsch des Kabinetts Schleicher-Papen ist der Versuch der Beseitigung aller Anlässe zum sozialen Volksstaat.

Die christliche Arbeiterschaft hat ihren sozialen Kampf immer aus einem tiefen nationalen Verantwortungs-bewußtsein gegenüber Staat und Gesamtvolk geführt. Sie hat Schweres und Schwerstes für Staat und Volk auf sich genommen, um den Weg aus der Krise zu verkürzen und den Freiheitstempel der Nation zu erleichtern. Sie empfand es als Hohn auf ihren nationalen Willen und ihre nationale Tat, daß nach der wahrhaft nationalen Volksregierung Brüning eine Regierung der sogenannten „nationalen Konzentration“ auftritt, die sich aus Vertretern von Gruppen zusammensetzt, deren offensichtliche Ziele auf Zurückverwerfung der Arbeiterschaft gehen. Sie sieht darin einen verderblichen Mißbrauch des Nationalen, dem sie schärfste Abwehr entgegensetzt.

Für die christliche Arbeiterschaft gibt es nur eine nationale Volkskonzentration, die aus dem gleichen Recht, der gleichen Pflicht und der gleichen Freiheit aller Schichten und Stände erwächst.

nicht mehr das Volks- und Staatsinteresse, sondern Klauen- und Kasteninteressen das Handeln der verantwortlichen Männer bestimmen.

Dieser Augenblick ist jetzt gekommen. Die Zusammenlegung der neuen Regierung zeigt klar die treibenden Kräfte, die hinter ihr stehen: Junkertum und Großkapitalismus. Dem ostelbischen, adeligen Junkertum war die Siebelungspolitik der alten Regierung äußerer Anlaß, den Arbeitsminister als „volksfeindlich“ zu verschreien und seinen Sturz zu erleichtern. Über dem nationalen Freiheitswillen des Volkes, das der bolschewistischen und polnischen Gefahr im Osten einen starken Wall freier deutscher Siedler auf eigener Scholle entgegenstellen

Was die neue Regierung eingeleitet hat, kann nur als eine „nationale“ Klassenkonzentration angesehen werden. An „nationaler“ Klassenherrschaft ist das alte Deutschland zusammengebrochen. Das neue Deutschland wird durch sie nicht gerettet werden.

Die Arbeiterfeindlichkeit der Regierung Schleicher-Papen tritt in ihrer Regierungserklärung klar und eindeutig zutage. Ihre sozialpolitische Haltung geht von der Schlagwortpolitik reaktionärer Kreise aus. Den sozialpolitischen Verpflichtungen, die Staat und Nation in der Not der Krise übernehmen mußten, wird Schwächung der moralischen Kräfte der Nation und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit vorgeworfen. Diese Haltung wird für sie der Auftakt zum Abbau der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, des Tarif- und Schlichtungswesens, sowie des sozialen Schutzes überhaupt. Nicht zuletzt um ihres Widerstandes willen gegen diesen Abbau ist die Regierung Brüning-Stegerwald gestürzt worden. Von der Regierung Schleicher-Papen erwartet ihn die soziale Reaktion.

Der Weg der deutschen Arbeiterschaft durch die Staats- und Wirtschaftskrise war der schwerste, den sie eine Arbeiterschaft gegangen. Sie ist diesen Weg mit bewunderungswürdiger moralischer Kraft, mit staatspolitischer Disziplin, mit ungeschwächtem Willen zur Selbsthilfe gegangen.

Die neue Regierung hat für die staatspolitische Haltung der Arbeiterschaft kein Verständnis. Sie stellt sich mit den Arbeiterfeinden in eine Linie. Damit steht die Arbeiterschaft vor neuem Kampf. Ihre Feinde drohen sich unter dem Schutze der Regierung zu sammeln. Der Deckmantel der nationalen Konzentration und der Rettung christlicher Kultur soll die Arbeiterfeindlichkeit verhüllen.

Der Kampf der christlich-nationalen Arbeiterschaft für christliche Kultur und nationale Freiheit ist so alt wie die christliche Arbeiterbewegung selbst.

Die christliche Arbeiterschaft sammelt sich für die kommende Auseinandersetzung im deutschen Volk noch geschlossener um die Idee der Staats- und Volksgemeinschaft, wie sie vor allem auch 1920 auf dem Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften verkündet wurde. Sie sammelt sich

zum Kampf für christliche Kultur
zum Kampf für nationale Freiheit
zum Kampf für soziale Gerechtigkeit
zum Kampf gegen alle Feinde dieser wahrhaft deutschen Volks- und Staatsidee.

Berlin, den 7. Juni 1932.

Der Vorstand des Gesamtverbandes
der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

wollte, gingen ihnen ihre Sonderinteressen. Rielenbesten an überzubilden, brachliegenden und unbewohnten Gebieten muß in einer Hand vereinigt bleiben — und Tausenden von schaffenshungrigen Arbeitslosen wird die Möglichkeit zur Siedlung, zu Besitz und Arbeit verweigert. Damit auch dem Osten der so notwendige Schutz durch Vermehrung einer bodenständigen, heimattrauen Bevölkerung. Aber der Ruf nach weiteren Staatsubventionen unter dem Titel „Osthilfe“ oder „Schutz der heimischen Landwirtschaft“ wird noch heftiger wie bisher erschallen.

Der deutsche Großkapitalismus, die andere Säule der neuen Regierung, sehnt sich nach

Table with financial data including sections for 'Leistungen in Abt. A', 'Abteilung Sterbefälle', 'Abteilung Invalidentafel', and 'Generalversammlungsfonds'. It lists various items and their corresponding monetary values in Reichsmark (RM).

um dieser glänzenden Tageszeitung noch mehr Verbreitung zu sichern. Auf den Stand der Tarifverhandlungen im Buchdruck eingehend, beleuchtete er eindruckend die kritische Lage für das graphische Hilfspersonal. Dem Referat, für das der Vorsitzende den herzlichsten Dank aussprach, schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte an. Es wird vor allem protestiert gegen die Zumutungen, der graphischen Hilfsarbeiterchaft einen neuerlichen Lohnabbau aufzulegen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten und dem Dank an den Referenten konnte der Vorsitzende nach dem Schlusswort des Kollegen Steinhardt mit einem warmen Appell an die Anwesenden die anregende Versammlung schließen. W. G. Essen. Trotsdem die Ortsgruppe erst am 27. Mai ihre Monatsversammlung abgehalten hatte, hatte sie zu einer Gemeindefachversammlung mit dem Gutenberg-Bund für Sonntag, den 5. Juni, eingeladen. Die Ereignisse der letzten Zeit hatten die Kollegenschaft auf den Plan gerufen, so daß man mit dem Versammlungsbuch sehr zufrieden sein konnte.

Wer den „Deutschen“ lieft, kann falsche Einstellungen besser widerlegen

Der Vorsitzende des Ortsvereins Essen im Gutenberg-Bund, Kollege S w e e t h o r s t, eröffnete gegen 10.30 Uhr die Versammlung und begrüßte die Kollegenschaft der beiden Bruderverbände. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen nahm Kollege L i n s e n das Wort zu seinem Vortrag über die Tarifverhandlungen und die Lage im Beruf. Fünf wesentliche Punkte waren es, die die Verhandlungen in der Hauptsache füllten: Die Arbeitszeitfrage, Feterstagsbezahlung, Schichtaufschläge, Urlaubsregelung und die Ortszuschläge. Daß die Unternehmer bei den Verhandlungen jedes Maß von sozialem Empfinden vermissen ließen, soll hier nur registriert werden, bis auf eine Forderung, die in Kollegentreifen nicht genügend verbreitet werden kann, um die Einstellung der Unternehmer zu beleuchten. Von den Unternehmervertretern war der Antrag gestellt worden, in Verbindung mit § 123 Ziffer 3 R.G.O. in den Tarifvertrag aufzunehmen, daß eine Krankheitszeit von 30 Tagen im Jahr die frühestmögliche Entlassung rechtfertigen solle. Krasser konnte keine Forderung die antisoziale Einstellung der Unternehmer zum Ausdruck bringen. An Hand dieser Forderung der Arbeitgeber kann sich ein jeder ausmalen, was zu den anderen Punkten, zu denen wir hier wegen Raummangels nicht Stellung nehmen können, zu lagen wäre. Nachdem der Redner die Tarifverhandlungen des Buchdruckergewerbes geschildert hatte, ging er auf die augenblickliche Lage der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen ein, die bekanntlich in einer tariflosen Zeit leben. An den verschiedensten Plätzen sind eine ganze Anzahl gekündigt worden zum Zwecke des Abschlusses von neuen Arbeitsverträgen, um auf diese Art und Weise einen Druck auf die Gewerkschaften auszuüben, den Wünschen der Unternehmer nachzukommen und für die Kollegenschaft kritische Tarife, mit wesentlich gekürzten Eöhnen, abzuschließen. Daß dabei die gesamte Arbeiterchaft des graphischen Gewerbes großen Schaden erleiden würde, dürfte auch dem letzten Mitarbeiter klar sein. Von den Buchdruckerkollegen erwartet der Redner und mit ihm die gesamte Arbeiterchaft des graphischen Gewerbes, unbedingte Solidarität, wenn es zum Kampf um die Rechte des Hilfspersonals der Druckereien kommen sollte. Zum Schluß freilich der Referent noch ganz kurz die politische Lage. Dunkelmänner der Großindustrie und der Großagrarien haben das Kabinett Brüning zu Fall gebracht, weil nach Meinung dieser Drahtzieher das Kapital zu hart von den Verordnungen des „Gewerkschaftskabinetts“ in Anspruch genommen wurde. Die Ablage Stegwalds an die Großgrundbesitzer, mit den Steuergrößen der Arbeiter die überschuldeten ostdeutschen Güter zu sanieren, sondern diese in Staatsregie zu übernehmen und nach Aufstellung zur Rückführung der in den Kriegs- und Nachkriegsjahren in die Industriezentren zugewanderten Handwerker zu verwenden, war der Auftakt zu den hinterhältigen Maßnahmen oben erwähnter Kreise die in ihren Auswirkungen den Sturz des Kabinetts Brüning zur Folge hatten. Was werden wird, wissen wir nicht, aber daß für die Arbeiterchaft alles auf dem Spiele steht, dürfte nach der Bildung des neuen Kabinetts allen Gemühten sein. Auch dem Einfältigsten müssen die Vorgänge jetzt die Augen öffnen. In der Aussprache wurden die verschiedenen Punkte des Vortrages einer eingehenden Würdigung unterzogen. Daß bei der gespannten Lage für die Hilfsarbeiterchaft besonders von der Buchdruckergewerkschaft strenge Solidarität in dem Krisenkampf gefordert und zugesagt wurde, ist verständlich. Nach einigen Bemerkungen des

Vorsitzenden des Gutenberg-Bundes und nach dem Schlusswort des Kollegen Linse wurde die Versammlung geschlossen. Köln. Blauer Horizont — heißer Sonnenschein. Man schwitzt und pustet, so schwül und drückend ist das Wetter — nur das Wetter? — Auf den Haltestellen der Straßen- und Vorortbahnen reger Betrieb. Ausflugsverkehr — Menschenflut aus der Großstadt in die Natur. Aber nicht für alle. Was ist im großen Saal des Restaurants „Im Hirsch“ los? Er ist gedrückt voll. Alter und Jugend. Männer und Frauen. Neben dem alten, abgetragenen und abgeharteten hageren Hilfsarbeiter zukunftsbungrige Jugend. Dort jener Typ von Mädeln, die von ihrer eigenen Hände Arbeit nicht nur sich, sondern vielfach (leider) auch Eltern und Geschwister mit ernähren müssen. Sorgenvolle Jugend. Arbeitslose Menschen, die das Schicksal verdammt, untätig die Tage ihrer Jugend zu verleben. Wie eint derselbe Lebenswille, das Wissen um die große Not des Alltages, aber auch um die Kraft ihres Einzigeins. Stimmen werden laut und klingen ab: „Wie steht es mit dem Tarif, was will die neue Regierung?“ 10,15 Uhr. Die Versammlung ist eröffnet. Die Stimmen werden leiser, das Gerede verstummt. Jetzt redet nur einer, ruhig und bestimmt, ernst und sicher. Kollege H o r n b a c h, der Zentralvorsitzende. Kurz skizziert er noch einmal die Vorgänge der letzten Zeit auf wirtschaftlichem, tariflichem und politischem Gebiete, zeichnete die Taktik der Unternehmer, ihre maßlosen Forderungen, die sich noch steigerten, als die reaktionärste aller Nachkriegsregierungen, die Regierung Papen-Schleicher die Reichsgewerkschaft übernahm. Das Bestreben der Prinzipale zielt auf die Verschlagung des Reichstarifes hin. Die Mittel und Weisen, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll, wurden zum Teil an Hand sogenannter „Geheimanweisungen“ gesehelt. Äußerste Erregung und starkes Verdröben verursachte die Befanntgabe der hiesigen Unternehmeranträge, die dem Schlichtungsausschuß als neues, fröhliches Tarifangebot zugeteilt wurden. Bis 30% Lohnabbau glaubt man der Kollegenschaft zuzumuten zu dürfen! Glaubt man denn im Ernst, daß die Arbeiterchaft sich diese Behandlung willens gefallen ließe? Nachdem Kollege Hornbach die Abwehrmaßnahmen erklärt hatte, wies er auf das Solidaritätsgefühl hin, das unbedingt notwendig ist, wenn die Arbeiterchaft erfolgreich ihre Position behaupten will. Das restlose Zusammenstehen der Berufs Kollegen sei heute notwendiger als je und gewerkschaftliche Erfassung aller Arbeiter das Gebot der Stunde. Minutenlanges Händeklatschen belohnte den Führer für seine markanten Ausführungen. Nur derjenige wird diesen Abwehrwillen verstehen, der Zeuge dieser historischen Stunde war, da man wie gebannt den Worten des Führers lauschte und eine selten gesehene Kampfstimmung sich Bahn brach. In der zum Ausdruck gekommenen Äußerung der Kölner Kollegenschaft ergab sich einheitlicher Wille und Verbundenheit mit der Haltung des Zentralvorstandes. Nachdem sich die Arbeitslosen dafür bebanten, Streikbrecher zu spielen, forderte die Kölner Kollegenschaft die Ergreifung eigener Initiative, forderte sie äußerste Kampfstellung gegen die Mächtschaften der Arbeitgeber. Sie verwahrt sich ganz entschieden dagegen, ihren taumelnden Lebensraum auf den eines Kuli oder polnischen Wanderarbeiters herabdrücken zu lassen. Der Lebensweg der christlichen Gewerkschaftsbewegung war Glaube, Opfer und Kampf. Glaube an den Sieg der christlichen Gerechtigkeit, Glaube an uns selbst, an unseres Volkes Auferstehen. Dafür bringen wir Opfer für uns und durch uns. Deshalb hatten wir aus im Kampfe gegen Ungerechtigkeit und Härterigkeit aber auch gegen Mangel und trafen Egoismus. Es ist leicht, in guten Zeiten bei der großen Masse zu sein, aber nur in bedrängter Zeit zeigt sich, wer ein ganzer, echter christlicher Gewerkschafter ist. Christ sein heißt Optimist sein. Unsere Jugend in Reich und Glied beweißt, daß sie fähig ist, das Erbe der Allen zu übernehmen. So hat Not und Vertrauen ein Band geschlungen um Führer und Gefolgschaft, das den Sieg verbürgt. In uns glüht die große Liebe zu unserm Stande. Darum: Laßt uns groß sein, laßt uns einig sein; das ist das Gebot der Stunde. W. H.

Von der Gesamteinnahme der Krankenfälle wurden verwendet: für Leistungen 83,04 Prozent (unter Berücksichtigung der den Invaliden ausgezahlten Unterstützungen 92,43 Prozent), für persönliche Verwaltungskosten 8,05 Prozent, für sachliche Verwaltungskosten 2,90 Prozent, für Überweisung an den Invalidenfonds 3,82 Prozent, für Überweisung an den Generalversammlungs-fonds 0,99 Prozent, und für sonstige Ausgaben 0,07 Prozent. Die Kosten hatte demnach rein durch ein Umlerhältnis von 3,57 Prozent = 3.577,20 RM. ihrer Gesamteinnahme zu verdeckeln. Unter Berücksichtigung der geleisteten Rückgewährleistungen hätte sich ein Uberschuß in Höhe von 6.999,39 RM. ergeben müssen. Daraus ergibt sich eine Gesamtunterstützung von 12.576,59 RM. (Am 1. Quartial des Vorjahres eine solche in Höhe von 14.020,71 RM.) Damit hält sich das Rechnungsergebnis in für das 1. Quartial der üblichen Grenzen. Von der reinen Beitragsaufnahme wurden in Abteilung A 94,70 Prozent und in Abteilung B 99,06 Prozent für die Kostenleistungen ausgegeben. In Abteilung A wurden für die Sachleistungen 24.882,57 RM. und für die Beihilfen 24.889,57 RM. ausgegeben. Dabei ist aber zu beachten, daß einzelne Beihilfenleistungen die Sachleistungen, insbesondere die für ärztliche Behandlung, infolge verspäteten Eingangs der Rechnungen nicht in vollem Umfange eingeleistet haben. Die Gesamteinnahme in der Sterbefälle vertritt sich mit rund 0,5 Prozent auf die Beitragsaufnahme und mit rund 35 Prozent auf die Einnahme für Kapitalerträge. Von der Gesamteinnahme wurden verwendet: für Leistungen 32 Prozent und für Verwaltungskosten usw. 6,12 Prozent, so daß dem Rücklagenfonds 61,88 Prozent zugeführt werden konnten. Der Invalidenfonds hatte eine Gesamteinnahme in Höhe von 15.206,16 RM., zu vergleichen, mußte aber für Leistungen 15.426,— Reichsmark aufwenden. Die Zahl der Invalidentafelmitglieder in Anspruch nehmenden Kollegen ist inzwischen auf 380 gestiegen. Daraus erklären sich auch die Maßnahmen der Verwaltung, die auf eine Kürzung der Unterstützungsbeträge zutrafen mußte. Die Barvermögensbestände unserer Kassen betragen am Schlusse des 1. Quartals 1932:

Table with financial data for 'Krankenfälle', 'Sterbefälle', 'Invalidenfonds', and 'G.-B.-Fonds', showing total sums and individual values in Reichsmark.

Aus den Ortsgruppen

Augsburg. Am Donnerstag, den 19. Mai, konnten wir in unserer gemeinam mit dem Gutenberg-Bund abgehaltenen Versammlung den Kollegen Steinhardt in unserer Mitte begrüßen. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden und dem Gebeten der vorstehenden Kollegen Anna Klemmer sprach Kollege Steinhardt über „Tarifabschluss im graphischen Gewerbe“. Bevor der Redner auf das eigentliche Thema einging, gab er erläuternden Bericht über den Stand der Berufsv Verbände, Mitgliedschaft, Kassenverhältnisse und Beschäftigungsgrad unserer Mitglieder und im graphischen Gewerbe überhaupt. Die Kassenverhältnisse sind gesund. Das ermöglicht es auch, daß der größte Teil der Beiträge wieder an die Mitglieder zurückfließt in Form von Unterstüttungen. Auch die Unterstützungssätze und Ausgabensummen des Gutenberg-Bundes wurden eingehend beleuchtet. Trefflich werdende Worte fand er für unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ und zeigte Wege,

Bekanntmachungen des Vorstandes

Welder landen ein bis 11. Juni 1932: Rechem, Leipzig, Konstanz, Bingen, München, Schwiehdahl, Landau, Jerne, Brestau, Eilen, Karlsruhe, Kempten, Regensburg, Ulm, Gumbinnen, Frankfurt, Beuthen, Ebing, Rainburg, Rottweil, Überlingen, Ludwigsfelden, Berlin, Garmisch, Stuttgart, Rudolfshaus, Mainz. Fragebogen und Wochenhefte sollen ebenso wie alle Rundschreiben nicht in den Schulbüden liegen, sondern beachtet und sofort erledigt werden. An Teilzahlungen müssen alle nicht unbedingt am Orte benötigten Beiträge abgeführt werden. Die Notverordnungen der neuen Reichsregierung, über die bei Redaktionschluss nur Andeutungen bekannt sind, werden in nächster Nummer eingehend behandelt. Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 26. Wochenbeitrag fällig.